

Argumente, das Bemühen um Verständigung und ein Vorsatz zählen: Der Kampf gegen den Terrorismus ist nur dann glaubwürdig, legitim und erfolgreich, wenn er ausschließlich mit rechtsstaatlichen Mitteln geführt wird.«

Effizientere Kontrollen

Zweite Feststellung: »Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit wird sich niemals ganz auflösen lassen. Aber Freiheit und Sicherheit bilden keinen unüberbrückbaren Widerspruch. Die Menschen wollen beides.« Dies auszutarieren dürfe nicht länger allein oder hauptsächlich dem Bundesverfassungsgericht überlassen bleiben. Auch die Bundes- und die Landesgesetzgeber seien hier gefragt. Die Bekämpfung des Terrorismus müsse vielmehr auf Mittel und Methoden konzentriert werden, die die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schonen. Als ganz praktische Elemente fordert Rudolph in diesem Zusammenhang, die zuständigen Bundes- und Landesparlamente sollten ihre neuen Sicherheitsgesetze stets befristen, sie regelmäßig in kurzen zeitlichen Abständen überprüfen und sie dabei mit offener Korrekturbereitschaft und der Hilfe externer Experten, die weder politischen Zwängen, noch denen von Sicherheitsbehörden unterliegen, auch

auf unerwünschte Folgen des Abbaus von Freiheitsrechten abklopfen.

Dritte Forderung und Folgerung: Mehr und effizientere Kontrollen der Sicherheitsbehörden: »Dabei sollte«, so formuliert er, »Common Sense werden: Wer mehr Befugnisse bekommt, muss sich effektivere richterliche und parlamentarische Kontrollen gefallen lassen«. Auch das ist richtig – die Forderung etwa im Bundestag ist immer noch nicht ausreichend umgesetzt. »Das Prinzip«, so Rudolph, »das gelten muss, dürfte klar geworden sein: Wie bei den kommunizierenden Röhren müssen der Individualrechtsschutz sowie die unabhängigen richterlichen und parlamentarischen Kontrolleure immer dann gestärkt werden, wenn die ›kontrollierenden Behörden‹ durch erweiterte Befugnisse und neue Überwachungstechnologie gestärkt werden.«

Sein Buch schließt Rudolph mit einem Hinweis auf das berühmte Zitat aus Poppers *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* ab; »Die Behauptung, dass, wer Sicherheit wünscht, die Freiheit aufgeben muss, ist eine der Hauptstützen der Revolte gegen die Freiheit geworden. Aber die Behauptung ist falsch.« Genau das auch ist letztlich Rudolphs Fazit in diesem lesenswerten Buch.

Karsten Rudolph: Der deutsche Rechtsstaat nach dem 11. September. Eine kritische Bilanz. Dictus Publishing, 2010, 124 S., € 29,00.

Gottfried Erb

Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik

Wie ein König hat Roland Koch sich von seiner CDU feiern lassen, als er vom Posten des hessischen Ministerpräsidenten zurücktrat. Als Konkurrent und Nachfolger von Angela Merkel war er gehandelt worden. Jetzt erkor sie ihn zu ihrem Freund. Die CDU verliere ihren besten Wirtschafts- und Finanzsachverständigen, so viele Kom-



Gottfried Erb

(* 1931) war Redakteur der *Frankfurter Hefte* und von 1973 bis 1994 Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten Darmstadt und Gießen.

gottfriederb@aol.com

mentare. Vergessen war, dass er die Partei kaum mehr als zwei Jahre vorher in eine ihrer größten Wahl-niederlagen manövriert hatte und eine elfjährige Skandalgeschichte hinterließ, die in Deutschland immer noch ihresgleichen sucht.

Was Roland Koch angerichtet hat und wie er es verstand, sich immer wieder der Verantwortung zu entziehen, um schließlich als Sieger die Arena zu verlassen, das analysieren Pitt von Bebenburg und Matthias Thieme, zwei erfahrene Journalisten der *Frankfurter Rundschau*, schonungslos, scharfsinnig und prägnant in ihrem Buch *Ausgekocht*: Alle Fakten haben sie gründlich recherchiert und jedes Detail gut belegt. Ihre harte Kritik ist nachvollziehbar; es geht um mehr als um ein paar Fehler; es geht um die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie: Kann Macht, wie sie von Roland Koch missbraucht wurde, überhaupt noch kontrolliert werden?

Kochs Regierungszeit begann 1999 mit einem Riesenskandal: der Schwarzgeldaffäre. 15 Jahre lang flossen zunächst aus einem schweizerischen Treuhandfonds und dann aus einer eigens in Lichtenstein gegründeten Stiftung »Zaunkönig« mit einem Vermögen von mehr als 20 Millionen DM regelmäßig große Summen in die Taschen der hessischen CDU. Die Herkunft dieser illegalen Gelder ist bis heute nicht vollständig geklärt. Dokumente wurden gefälscht, eine Lüge nach der anderen aufgetischt. Behauptet wurde unter anderem, das Geld stamme vorwiegend aus anonymen Erbschaften von jüdischen Emigranten, aus »Jüdischen Vermächtnissen«.

Roland Koch, seit 1990 Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag, war daran beteiligt, log mehrfach und musste, als es nicht mehr anders ging, seine Behauptungen öffentlich zurücknehmen. Sein Image war ruiniert, seine junge Karriere schien beendet. Aber er blieb. Die CDU und ihr Koalitionspartner, die hessische FDP – übrigens gegen den Willen ihres Bundesvorstandes – stützten ihn. Sie wollten die

Regierungsmacht nicht mehr aus der Hand geben. Noch heute spielt Koch den Unschuldengel: »Nitroglyzerin ohne Gebrauchsanweisung« habe man ihm seinerzeit in die Hand gegeben.

Dass Koch diese Affäre als Regierungschef überstand, verdankte er nicht nur seinem eigenen skrupellosen Machtwillen. Ihm half entscheidend die Kumpanei einer verschworenen Clique, die sich schon früher gebildet hatte. Sie nannte sich »Tankstelle«, weil sie einige Male in der Autobahn-Raststätte Wetterau zusammengetroffen war, um ihre politischen Fäden zu spinnen. Aus ihr rekrutierte sich dann größtenteils die hessische Landesregierung: Volker Bouffier wurde Innenminister, Karlheinz Weimar zunächst Umwelt-, dann Finanzminister, Jürgen Banzer erst Justiz-, später Kultusminister, Volker Hoff hessischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Karin Wolff, die einzige Frau in der »Tankstelle«, Kultusministerin. Franz Josef Jung machte Koch zum Chef seiner Staatskanzlei, musste aber als einziger wegen der Schwarzgeldaffäre zurücktreten, ging als Bundestagsabgeordneter nach Berlin und avancierte dort zunächst zum Verteidigungsminister, dann zum Minister für Arbeit und Soziales, konnte sich aber auch da nicht halten.

Von Netzwerken erstickt

Mit den Jahren entfaltete die Tankstellenclique ein ganzes Geflecht von Beziehungen. Wo es zur Absicherung ihrer Macht nützlich schien, sicherte sie sich ihre eigene Gefolgschaft: im *Hessischen Rundfunk*, in der Polizei, in der Finanzverwaltung, in der Justiz. »Die Demokratie wurde von Netzwerken erstickt« und »von Machenschaften ausgehöhlt«, so die Autoren. Unliebsame Leute wurden gemobbt: Auf übelste Weise zum Beispiel vier Frankfurter Steuerfahnder, die den Steuerhinterziehungen großer Unternehmen und den Schwarzgeldern der

CDU auf der Spur waren. Mit Hilfe eines psychiatrischen Gutachtens, welches sie für verrückt erklärte, entfernte man sie aus dem Dienst. Auch ein Gerichtsurteil, das die Gutachten für gefälscht erklärte, blieb folgenlos. Der Ministerpräsident und sein Finanzminister schwiegen und verfügten einen Umbau der Finanzbehörden. Die erfolgreiche Frankfurter Steuerfahndergruppe wurde aufgelöst und Steuerhinterziehungen, bei denen der Anfangsverdacht unter 150.000 Euro lag, wurden nicht mehr verfolgt. Die Großverdiener brauchten ihre Transfers nur entsprechend zu stückeln und blieben so ungeschoren. Alle Proteste, auch Untersuchungsausschüsse des Landtages, nutzten nichts. Skandalöse Einzelfälle, die etwa durch den *SPIEGEL* bekannt wurden, hatten keine Folgen. Kochs Steuersystem der Schonung von Superreichen blieb unangetastet. Die Spenden an die CDU lohnten sich.

Koch als »Global Player«

Wer sich im eigenen Land so verhält, wird erst recht keine Hemmungen haben, irgendwo sonst in der Welt krumme Geschäfte zu machen. Roland Koch war Vorsitzender des Aufsichtsrates der Frankfurter Flughafengesellschaft Fraport, als sich in den Philippinen ein großes Projekt anbot. Fraport wollte in Manila einen internationalen Terminal errichten. Das war von Anbeginn illegal, weil die philippinische Verfassung derlei Investitionen von ausländischen Firmen verbot. Doch der korrupte Präsident Estrada gab eine Zusage. Viele Fachleute warnten wegen der enormen Risiken mehrfach. Einige intervenierten bei Koch persönlich. Vergeblich. Er und der Vorstandsvorsitzende von Fraport, Wilhelm Bender, paukten das Projekt durch. Es kostete bald nicht nur sehr viel mehr als ur-

sprünglich veranschlagt, sondern scheiterte an der neuen Präsidentin, Gloria Macapagal-Arroyo, die nach heftigen Massenprotesten Estrada abgelöst hatte. Das Projekt wurde kurzerhand verboten. Rund 500 Millionen Euro waren in den Teich gesetzt, ein Desaster für die Fraport und auch für die Steuerzahler, da sich die Mehrheit ihrer Gesellschaftsanteile in öffentlicher Hand befindet.

Soweit die hochgelobte Wirtschaftskompetenz des Herrn Koch, die er jetzt in seinen neuen Job als Vorstandsvorsitzender des Bauunternehmens Bilfinger-Berger einbringen kann. Er hinterlässt dem Land einen Schuldenberg, den er in seiner Regierungszeit von 20 auf 40 Milliarden Euro verdoppelt hat. Damit lässt sich keine wählerfreundliche Politik machen. Ob die nächste Landtagswahl die schwarz-gelbe Koalition noch einmal bestätigt, ist angesichts der miserablen Umfragewerte für CDU und FDP sehr fraglich. Da ist es durchaus vorteilhafter, sich erst einmal aus der Politik herauszuhalten und das Zehnfache des Bisherigen zu verdienen. Was aber, wenn Angela Merkel nach Niederlagen der CDU in den kommenden Landtagswahlen zurücktreten sollte?

Das lesenswerte Buch enthält noch viele beachtenswerte Details. Am Schluss erwähnen von Bebenburg und Thieme auch einige Skandale des Koch-Nachfolgers Volker Bouffier, der das System Koch nicht nur mit geprägt hat, sondern auch fortsetzt. Einstimmig hat ihn die CDU gewählt. Die Deformationen der hessischen Demokratie werden also nicht verschwinden. Wie die Autoren schreiben, können nur die Wähler »das System Koch ins Haus der Geschichte verbannen«.

Pitt von Bebenburg/Matthias Thieme: Ausgekocht, Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik. Eichborn-Verlag, Frankfurt a.M. 2010, 218 S., € 14,95.